

Geschichte des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG)

28. August 2001

Mit einer Aktion vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium fordert Greenpeace ein Verbraucher- Informationsgesetz ein und legt der damaligen Verbraucherministerin Renate Künast einen entsprechenden eigenen Gesetzesentwurf vor. Diese begrüßt die Greenpeace-Initiative.

29. August 2001

Künast kündigt ein Verbraucher- Informationsgesetz an. In Deutschland sollen die Menschen künftig besser über Lebensmittelskandale aufgeklärt werden. Eckpunkte sollen im Herbst vorgestellt werden.

November 2001

Das erste Konzept (Eckpunktepapier), das die Bundesministerin Künast im November 2001 vorstellt, geht dem Koalitionspartner SPD zu weit. Widerstand regt sich vor allem gegen den Plan, nicht nur die Behörden, sondern auch die Wirtschaft in die Veröffentlichungspflicht mit aufzunehmen.

März - April 2002

Ein ‚abgespeckter‘ Entwurf wird im März 2002 vom Kabinett verabschiedet. Im gleichen Zug befindet sich ein Gesetz zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Ende April 2002 kann die VIG-Vorlage die erste Hürde im Bundesrat nehmen, der das Gesetz in allen wichtigen Punkten mehrheitlich akzeptiert. Den zweiten Durchgang Ende Mai schafft das Gesetz nicht mehr – zwischenzeitliche Landtagswahlen haben die Mehrheiten im Bundesrat verändert.

2005

Ein erneuter Anlauf für das Gesetzesvorhaben im Juni 2005 wird wiederum von CDU/CSU und FDP zu Fall gebracht. Seit November 2005 ist die Große Koalition im Amt. Der Skandal um Gammelfleisch veranlasst nun den neuen Verbraucherschutzminister Horst SEEHOFER, CSU, ein Verbraucherinformationsgesetz auf den Weg zu bringen.

29. Juni 2006

Der Bundestag nimmt den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetzentwurf an.

8. Dezember 2006

Bundespräsident Horst Köhler entscheidet, das "Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation" nicht auszufertigen. Damit kann das Gesetz nicht in Kraft treten. Köhler sieht verfassungsrechtliche Probleme, weil der Bund mit den beabsichtigten Regelungen in die Kompetenzhoheit der Bundesländer eingreifen würde.

5. Juli 2007

Der Bundestag verabschiedet in 2. und 3. Lesung ein geändertes Verbraucherinformationsgesetz, dass Köhlers Bedenken berücksichtigt.

21. September 2007

Das Gesetz passiert den Bundesrat. Horst Seehofer begrüßte die Entscheidung.

9. November 2007

Das VIG wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

1. Mai 2008

Abgesehen von den Ermächtigungen zum Erlass von Kostenregelungen wird das VIG am 1. Mai 2008 in Kraft treten.

Weitere Informationen zum VIG finden Sie unter: www.greenpeace.de